

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1922

254 (31.10.1922)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Bezugspreis: Durch unsere Träger zugestellt 1,65 M mit Zustellgebühr; durch die Post bezogen 1,65 M; in der Geschäftsstelle und bei unseren Karlsruhern Abgaben abgeholt 1,50 M monatlich. Einzelheft 7 M. Ausgabe: Werktag mittags, Geschäftsstelle u. Redaktion: Luisenstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die einseitige Kolonelleiste 22.-M. auswärts 27.-M. Die Restzeile 80.-M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmestunde 8 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

Die Verhandlungen mit der Reparationskommission

Einreisen der Delegierten in Berlin
Berlin, 30. Okt. Die Mitglieder der Reparationskommission sind heute nachmittag gegen 6 Uhr mit dem fahrplanmäßigen Schnellzug Paris-Paris hier eingetroffen und haben sich in ihre Quartiere begeben.

Vorbereitende Beratungen

Berlin, 31. Okt. Nachdem nun die Verhandlungen der verschiedenen Reichsdelegationen zur Vorbereitung der Verhandlungen mit der Reparationskommission zu einem gewissen Abschluß gekommen waren, fand gestern eine neue Aussprache der Reichsregierung mit den Sachverständigen statt, zu der auch Staatssekretär a. D. Bergmann, der bisher noch in Paris weilte, nach Berlin gekommen war. An der Besprechung nahmen außerdem teil der Direktor der Hamburg-Amerika Linie Geheimrat Gans, Bankier Meißner aus Hamburg, das Mitglied des Reichswirtschaftsrates Hilferding, der Wirtschaftsprüfer Geheimrat Prof. Julius Wolf und der Chef der Handelshochschule Bonn. In der Erörterung wurde das ganze Reparationsproblem nach allen Seiten durchgesprochen.

Berlin, 31. Okt. Wie die Blätter melden, wird Reichskanzler Dr. Brüning heute die Mitglieder der Reparationskommission in der Reichskanzlei offiziell empfangen. Es ist anzunehmen, daß demnächst eine Reihe von Einzelgesprächen mit den Mitgliedern der Reparationskommission und den an den Beratungen beteiligten Reichsministern werde. Das Ergebnis dieser Einzelberatungen soll dann zur Gesamtsitzung zusammengeführt werden. Die Überleitung sämtlicher Reparationsarbeiten würde in der Hand des Reichskanzlers liegen. Die vorbereitenden Beratungen im Schilde der Reichsregierung über das Reparationsprogramm für die Verhandlungen mit der Reparationskommission sind, wie die Blätter mitteilen, abgeschlossen. Das Reichsministerium hat gestern nachmittags zusammengetreten und hat das Programm bestätigt.

Der Reichskanzler hat gestern in einem engeren Kreis von Sachverständigen über die neuen Richtlinien für die Verhandlungen vornehmlich über die geplanten Maßnahmen zur Stabilisierung des Markes Mitteilung gemacht. Die Sachverständigen haben diese Richtlinien gutgeheißen. Neben dem Fortschritt der Verhandlungen mit der Reparationskommission würden die Fraktionsführer auf dem Markte gehalten werden. Die Verhandlungen der Fraktionsführer mit der Reichsregierung über die Stabilisierung des Markes und andere Fragen eines wirtschaftlichen Programms werden fortgesetzt werden, jedoch wird ihre Bedeutung, wie die Blätter melden, wohl ausschließlich der Verhandlungen mit der Reparationskommission in den Hintergrund treten.

Ein belgischer Entwurf

Paris, 30. Okt. Der „Intransigent“ will über den Entwurf der belgischen Delegation, der in Berlin den übrigen Mitgliedern der Reparationskommission vorgelegt werden soll, folgendes erfahren haben. Dieser Sonderentwurf bringt gleichzeitig ein Kontrahenten für die deutschen Finanzen und einen Zahlungsplan in Vorschlag. Man nehme an, daß er die Möglichkeit bietet, die Zahl der Marknoten zu erleichtern und den Wert der Marknoten und Sachlieferungen zu verteidigen. Uebrigens würde er einen Schritt auf dem Wege zur internationalen Anleihe darstellen. Wenn die alliierten Vertreter damit einverstanden seien, würde der belgische Entwurf dem zuerst in Berlin anwesenden Komitee und den ausländischen Finanzsachverständigen und dann der deutschen Regierung vorgelegt werden.

Die nunmehrigen Kohlenlieferungen

Berlin, 31. Okt. In der gestrigen Sachverständigenberatung im Wiederaufbauministerium über die Kohlenfrage betonten sämtliche Sachverständigen, daß die neuen Forderungen der Reparationskommission nicht nur auszufüllen seien, sondern daß die deutsche Wirtschaft durch Kohlenlieferungen ausbändigt werden könne, weil die deutsche Wirtschaft durch Kohlenlieferungen ausbändigt werden könne, weil die deutsche Wirtschaft durch Kohlenlieferungen ausbändigt werden könne.

Die Finanzgebährung des Reichs

542 Milliarden schwedende Schulden — Enorme Defizite der Reichsbahn

In der Zeit vom 1. bis 20. Oktober hatte das Reich laut „B. B.“ folgende Einnahmen zu buchen: Allgemeine Finanzverwaltung (Steuern, Zölle, Abgaben, Gebühren) 9 068 000 000 M.; Schwedende Schulden 32 448 000 000 M.; Fundierte Schulden 2 200 000 M.; Staatsanleihe 271 559 000 M., was eine Gesamteinnahme von 61 788 000 000 M. ergibt.

Für den gleichen Zeitraum beliefen sich die Ausgaben des Reiches auf folgende Summen: Allgemeine Verwaltungsausgaben unter Gegehrhaltung der Einnahmen 50 147 073 000 M.; Zinsen für die Schwedende Schulden 1 445 977 000 M.; Zinsen für die fundierte Schulden 56 458 000 M. In dieser Summe von 51 947 468 000 M. kommen die Ergebnisse der Finanzverwaltung: einer Ablieferung von 5 406 092 000 M. durch die Reichsbahn und Telegraphenverwaltung, ferner Abhebungen in der Höhe von 15 248 055 000 M. durch die Reichsbahn aus der Reichshauptkasse gegenüber, sodas die Reichshauptkasse mit einer Abhebung von 9 842 633 000 M. belastet wird, wodurch die Gesamtausgaben für die zweite Dekade des Oktobers die Höhe von 61 788 000 000 M. erreichten.

Auch in der Berichtperiode übersteigen also die Ausgaben die Einnahmen um sehr hohe Beträge, eine Folge der fortgeschrittenen Inflationsentwicklung. Die Ausführung des Friedensvertrages

allein hat fast 21 Milliarden beansprucht. Ferner sind besonders zu erwähnen die Abhebungen der deutschen Reichsbahn aus der Reichshauptkasse mit 15 248 Milliarden; Ausgaben im Verrechnungswesen mit 3 4 Milliarden; ferner Verrechnungsvorschüsse an die Länder und Gemeinden.

Zur Befreiung von ausländischen Zahlungsmitteln für die Erfüllung des Friedensvertrages von Versailles sind vom 11. bis 20. Oktober 5 334 527 000 M. aufgewendet worden. Die Schwedende Schulden betragen an diskontierten Scheckanweisungen am 10. Oktober 489 722 867 000 M. Dazu traten 32 448 000 000 M., so das sich eine Schwedende Schulden an diskontierten Scheckanweisungen von 542 171 827 000 M. am 20. Oktober ergab.

Die Sozialdemokratie und die innerpolitischen Streitfragen

Fraktionszusammentritt nächste Woche — Die Fraktion hält an den Grundlinien ihrer Forderungen fest — Gegen jede Annäherung des Achtundzweigtages
Wie uns telegraphisch aus Berlin berichtet wird, hat der Vorstand der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gestern beschlossen, von einer Einberufung der Reichstagsfraktion nach in dieser Woche Abstand zu nehmen. Um aber eine Stellungnahme der Fraktion zu der politischen Gesamtlage vor dem Beginn der Reichstagsverhandlungen herbeizuführen, wurde die Einberufung der Fraktion auf Dienstag vormittag nächster Woche beschlossen. In sachlicher Beziehung bestand volle Einigkeit darüber, daß die Partei auf ihren Forderungen zur Währungs- und Wirtschaftspolitik unbedingt bestehen müsse. Auch herrschte volle Uebereinstimmung darüber, daß die jetzt von verschiedenen Seiten beobachtete, sich zu den dringenden schwedenden Steuerfragen würde die Einberufung einer Konferenz mit Vertretern der Fraktionen der einzelnen Länder für den 22. November in Aussicht genommen.

In einer gewissen Uebereinstimmung mit der obestehenden Meinung ist die folgende Bürgerliste zu befragen:

Wie die Berliner Blätter hören, nehmen die Besprechungen des bei der Parteiführerberatung einseitigen Interaktionsausschusses, die die Gestaltung eines zwischen der bürgerlichen Arbeitgemeinschaft und der Sozialdemokratie zu vereinbarenden Aktionsprogramms zur Stabilisierung der Mark zum Zweck haben, einen befriedigenden Verlauf. Die Beratungen sollen am Mittwoch fortgesetzt werden.

Die Krise in Polen

Außländische Handlungen der Ukrainer — Sturz der polnischen Mark

Aus Warschau wird gemeldet: Große Erregung verursacht die Ernennung des Führers der Bauernpartei in Wyszowa, Wozniak, der als Kandidat eine hervorragende Rolle in der Wahlbewegung Dziallins spielte. Der Terror der Ukrainer gegen die Wahlbewegung ist im Zunehmen. Selbst das polnische Blatt „Kurjer Poranny“ spricht verdeckt von einer Art Aufstandsbewegung, die infolge der Unsicherheit über die Haltung Englands ermöglicht wird.

Der katastrophale Sturz der polnischen Mark um 2000 Punkte gegenüber dem Dollar innerhalb einer Stunde veranlaßte den Regierungskommissar, die amtlichen Kursnotierungen zu beschließen und die abgeschlossenen Geschäfte in Devisen für ungültig zu erklären. Die Währungsnotlage ist allgemein, da die Regierung offenbar bisher die polnische Mark der deutschen rasch ausbleiben dieser Aktion die polnische Mark der deutschen rasch folgen wird. Während die Preissteigerung in den letzten Monaten nur das Doppelte bis Dreifache betrug, scheint es jetzt zu raschen Preissteigerungen zu kommen, soda die Erhöhung der Eisenbahntarife nicht beirrägt. Ueberall treten die Arbeiter mit hohen Forderungen hervor, die sie teilweise mit Streiks durchsetzen. In Lublin und Krakau streiken die Buchdrucker, in Danzow fordern die Bergarbeiter 80 Prozent mehr Lohn ufm. Die Regierung will offenbar durch Vereinstellung von Dollars und durch eine strenge Kontrolle des Devisenhandels einen weiteren Sturz der Polonmark aufhalten. Ob mit Erfolg, bleibt abzuwarten. Amtlich wird der Dollar einstweilen mit etwa 14 000 notiert.

Rücktritt Verghensfeld

Wien, 30. Okt. Wie wir erfahren, ist der Rücktritt des Reichsministers Verghensfeld nunmehr vollendete Tatsache. Der Landtag wird alsbald zusammenberufen werden, um den neuen Ministerpräsidenten zu wählen. Als aussichtsreichster Kandidat gilt nach wie vor der bisherige Staatskanzler Meyer.

Ein Raubmordversuch im D-Zug

Frankfurt a. M., 30. Okt. In dem Samstagabend 11 Uhr hier eintreffenden D-Zug Köln-Frankfurt a. M. wurde in einem Abteil L. Rügge, der amerikanische Major James Sauerwein aus Koblenz, der einem dortigen Delegierten zugeleitet ist, in bewußtlosem Zustande mit schweren Schlagwunden am Kopf überfallen und aufgefunden. Nach Mitteilung der Polizei handelt es sich zweifellos um einen Raubmord, der vermutlich noch auf bestem Gebiet begangen worden ist. Soweit bisher festgestellt werden konnte, ist eine Vielzahl mit 500 französischen, 100 Schweizerfranken und etwa 300 Dollar geraubt worden. Außerdem fehlen die Personalpapiere des Amerikaners.

„Wir, die wir rechts stehen“

Angesichts der erneuten Propaganda, der Todesdrohungen gegen den Reichskanzler Dr. Brüning, gewinnt eine Betrachtung bezeichnender Bedeutung, die der nationale oder deutsch-nationale „Tag“ am 15. Oktober anlässlich des Leipziger Gerichtspruchs zum Rathenau-Mord anstellte. Nachdem in dem Artikel ausgeführt worden war, daß im Rathenau-Prozess ein großer Aufwand im Grunde genommen für nichts veran wurde, daß auf der Anklagebank schließlich nichts anderes saß als nur Geschiffe, Werkzeuge der beiden Haupttäter, oder auch nur Menschen, die in den Anklagezustand nur deshalb verlegt waren, weil eine gewisse Öffentlichkeit eine große Zahl von Beschuldigten setzen wollte, nachdem ein lautes Gern darüber abgeplottet, daß der Staat sich vor der Bestellung politisch geistiger Richter hüten müsse, damit nicht „Fehlurteile“ entstehen, die „Stillsätze“ zu neuen „Dummheiten“ veranlassen, nachdem dann dargetan, daß der Auftrag des Obkreisesanwalts auf Abberaumung der Ehrenrechte der Angeklagten moralisch unverständlich gewesen sei, nachdem weiter, aber recht bedingt und verflautet, etwas über das Verurteilenswerte und Verfehle der politischen Gedankengänge der Angeklagten gesagt worden ist, heißt es endlich recht herbstlich und unerbittlich:

„... daß die Kern, Tschow und Genossen nicht aus gemeinen Motiven einen gemeinen Mord an Rathenau verübten. Das Bild der Leipziger Verhandlungen ließ deutlich erkennen, daß die Mitspieler bei der Tat glaubten, dem Vaterlande einen Dienst zu erweisen, wenn sie Walter Rathenau ermordeten. Sie haben geirrt, wie es mit uns bergab ging, wie die Rathenauische Erfüllungspolitik die Verhältnisse im Lande mit jedem Tage schwerer gestaltet.“

... die Tschow und Genossen, soweit sie als Mitglieder oder Gehilfen in Frage kommen, waren noch nicht angeklagt von den Symptomen der heutigen Zeit, jener Autoritätsverneinung der heutigen Jugend und der heutigen Bevölkerung.“

... die Tatsache ist doch nicht aus der Welt zu schaffen, daß die jungen Leute, die sich Kern verschrieben hatten, noch etwas von der Erziehung der früheren Jugend in sich trugen, daß bei ihnen die Autorität, die Ehre, das Ehrenwort noch als Dinge angesehen wurden, an denen man nicht mit einem Aufschlagen vorüber gehen dürfte. Dieser Autoritätsglaube hat das alte Preußen, hat das alte Reich in jahrhundertelanger Arbeit groß gemacht, und es ist die heutige Zeit, es ist die heutige Autoritätsverneinung, die alle Schranken niederreißt, die hochhaltend alles zertrampelt, was für ein Volk notwendig und als Pflicht erscheint.“

Also die Beurteilten begingen ihr Verbrechen, weil sie noch etwas von der Erziehung der früheren Jugend — von der alt-preussisch-nationalen Jugend, erziehung“ — in sich trugen. Nichtig, richtig — das sagen wir auch. Und sie trugen wahrscheinlich noch dazu viel von der heutigen „deutsch-nationalen“ Jugend, erziehung“ in sich. Aber mit Entsetzen wenden wir uns ab von der grauenhaften Verwirrung, daß ein derartiges „nationales“ Bewußtsein wie das der Beurteilten irgend etwas mit Ehre und dergleichen zu tun habe.

Der Senatpräsident Dr. Hagens sagte in der Urteilsbegründung: „Neige Menschenswürde haben nach allen Regeln der Moralfunktion zu verlangen, Rathenau aus dem Wege zu räumen. Auch politische Verbrecher können gemein und ehrlos sein und handeln, das trifft hier zu. ... Bei Ernst Werner Tschow liegt ehrlose Gesinnung vor, und daher mußte auf Überlenkung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von 10 Jahren erkannt werden. ... Bei Hans Gerd Tschow handelt es sich um einen moralischen minderwertigen Jungen. ... Günther H. Pflüger, verurteilt, aber zurechnungsfähig.“

Der „Tag“ aber findet, daß ein Mord, wie der an Rathenau verübte, nicht aus gemeinen Motiven begangen wurde, daß die Mordeffrone mit ihrer verbrecherischen Auffassung und Handlung etwas von verflüchtiger Erziehung, etwas von vaterländischem Antwortsbegriff und Ehrgefühl bezeugen habe, die Preußen und das Reich groß gemacht hätten.

Wer ist der Mann und wer sind die Kreise, die sich in dieser faulen zu kennzeichnenden Weise trotz Schutzgesetz als die unverkappierten Herolde des Mordes und als die zünftigen Schmäher einer bessergeralteten Jugend und all jener Bevölkerungsstelle erweisen, die noch nicht für jenen Erbegriff, der sich auf Sand- und Schlamm zum Menschentum verflüchtigt, schwärmen? Wer sie sind?

„Wir, die wir rechts stehen, die wir uns politisch einer Partei der Rechten zurechnen oder schlicht national empfinden, ohne parteilich gebunden zu sein“ — als solches politisches Geistes sind begnügt der Reichsrichter in dem Artikel sich selber und die Kreise, die hinter ihm stehen. Die Welt weiß es seit langem, daß der Landesfeind, der in Deutschland die politische Luft verpestet, politisch auf dem Boden der Parteien der Rechten steht. „Hinter den Mörder und Mordgehilfen hebt der fanatische Antisemitismus verantwortungslos sein verzerrtes Antlitz empor, der Antisemitismus. ... der Mordinstinkt in die un-reifen Köpfe pflanzt.“ so sagte Senatpräsident Dr. Hagens in Leipzig.

Die Ableitung des Mordes aus einem unerbittlich verheimlichten Erbegriff und fanatischen „nationalen“ Erziehungsmitteln, diese fast unerbittliche indirekte Verheimlichung der Mordgehilfen ist geeignet, „Mordinstinkt“ in unsere Köpfe zu pflanzen.“

Will die Regierung diesem verbrecherischen Treiben tatenlos zusehen? Dann brauchte sie sich nicht zu wundern, wenn sich weitere Regierungsmitglieder als Opfer der deutsch-nationalistischen Propaganda füllten.

Wilhelm II. und Fritz Ebert

Eine sehr lustige und zutreffende Vergleichung dieser beiden Einheitsführer gibt der Kritiker der „Kölnischen Zeitung“ Hermann Wende in der eben erschienenen Nr. 31 seines Blattes: „Den jungen Ebert schiedet Franz Diederich in seiner anschaulichen Lebensgeschichte als eine „Königin, die in ihrer anstrengenden, draufgängerischen im Wort, im Geist, im Willen vornehm, im schlagfertigen Geben, im Angreifen und Befolgen“.

In der Tat, vergleicht man diesen sich mit selbststärkerer Schlichtheit Gebärdenden, nein! Diesen sich überhaupt nicht gebärdenden, sondern ungezwungen bleibenden Mann aus der Bekanntheit mit dem von Gottes Gnade Kaiser von Deutschland, König von Preußen, Kurfürst von Brandenburg, Herzog von Rommeln, Burggraf von Nürnberg usw. usw., so wirkt für jeden Unbefangenen nicht der Sattlerergesse von einst, sondern der Höhenruler als aufdringlicher Emporkömmling, jeder Roll ein Selbststärker, der, seine Kneipenoffen zu verblüffen, Herrscherrollen annimmt, wie er sie sich vorstellt. Auch wer auf mancher Entscheidung und Handlung des Reichspräsidenten einen härteren sozialistischen Akt gewünscht hätte, erkennt dankbar an, daß die uneigennütige Tätigkeit dieses Mannes seit dem November 1918 ein wertvolles Stück republikanischer Propaganda ist, und selbst die volksparteiliche „Deutsche Allgemeine Zeitung“, unter deren treuen Fesseln die gehässigen Verleumdungen und bösen Bewehrungen Eberts lange Jahre hatten, mußte jetzt der Wahrheit die Ehre geben, da sie den „bewährten“ und daher gegenwärtig kaum erforschten Staatschef eine Persönlichkeit nannte, deren Ansehen und Bedeutung sich nicht geändert, sondern gemehrt habe, und von seinem „erfolgreichen Wirken“ viel Ruhmens machte.

Wucher und bürgerliche Sabotage an unserer Ernährung

Die Not des Volkes schreit zum Himmel. Die Zeit ist reif für kraftvolle Entschlüsse. Wo bleiben sie? Man redet über den „schweren Winter der deutschen Geschichte“. Versucht einer aber irgendwas einen Schritt vorwärts, gleich kommen die Anklagen. Die preussische Regierung macht den Vorwärtigen, den Landwirten keine Erleichterung des Umlagegeldes, sondern für den abgeklärten Doppelschritt Umlageerhöhung in Kilogramm Getreide zu liefern. Und das alles dieses Verfalls? Die „Sachverständigen“, die Kommissionen und Ausschüsse werden weiter zwischen Wucher und Wucher. Die ganz Klugen in der Presse finden tausend Gründe. Am Kernpunkt der ganzen Frage steht alles achilles verborren.

Wenn die kleinen Landwirte, die wenig oder kein Umlagegeld abgeben, weniger Ertrag als der Salpeter bekommen, so ist das kein großes Unheil. Die kleinen Bauern haben Vieh-Dünger. Wenn aber die Kosten für die Getreideerzeugung zu hoch kommen — nun gut, die preussische Regierung hat nicht die fixe Idee, unbedingt Getreide den Landwirten aufzubringen. Ihr kommt es vor allem auf die Hilfe an. Es muß etwas geschehen. Und wenn es plötzlich heißt, die inländische Getreideproduktion müsse gesteigert werden, — schon, die preussische Regierung ist ganz damit einverstanden. Wesentlich ist für die Regierung nur das mehr Ertrag im Zusammenhang mit der Umlage in die Hände der Landwirte kommt.

Beim Kapitel Steigerung der Getreideproduktion muß endlich einmal Klarheit herbeigeführt werden. Es ist ein erbärmliches Schicksal, das die bürgerlichen Parteien dem Verzicht der Getreideproduktion auf Kosten des Staates nur so aus dem Boden gestampft. Dann kamen diese Fabriken in die Hände des Feinindustriellen. Das Feinindustrielle erweitert die Fabriken und die Produktion nur unter dem Gesichtspunkt des Profits, weniger unter dem des Bedarfs. Wenn der Bedarf der Landwirtschaft, nicht die bloße Nachfrage erfüllt werden soll, dann muß der Staat die Getreidefabriken wieder in seine Hand bekommen. Warum führt man nicht endlich das Programm durch, das der preussische Ministerpräsident, Genosse Braun, auf dem Kasseler Parteitag zur Hebung der landwirtschaftlichen Produktion aufgestellt hat? Es wird jetzt allmählich Zeit, daß sozialdemokratische Forderungen etwas mehr berücksichtigt werden. Sie sind nicht so schlecht; denn schließlich greifen sogar

Das Versagen der Reichseisenbahn während der Kartoffellieferungsperiode

Die Zentrale der landw. Lagerhäuser Tauberbischofsheim schreibt uns: Wir sehen uns gezwungen, vor aller Öffentlichkeit und ganz besonders den Verbrauchern einmal Klarzulegen, warum sie heute noch nicht genügend mit Kartoffeln versorgt sind. Die Reichseisenbahn hat bei der Bestellung von Wagen für den Kartoffeltransport vollständig versagt. In den Lagerhäusern der Zentrale der landw. Lagerhäuser liegen zum Teil große Mengen Kartoffeln, die nicht abtransportiert werden können. Einzelne Lagerhäuser müssen wegen mangelnder Wagenstellung sogar die Kartoffelannahme einstellen. Sehr viele Wagenstellungen sind in die Bedarfsliste gekommen, wenn die Zentrale der landw. Lagerhäuser besser geklappt hätte.

Es ist unmöglich, diesen Punkt der Bevölkerung länger zu verschweigen, auf den Mißstand muß vor aller Öffentlichkeit einmal hingewiesen werden. Es muß sodann noch auf den weiteren Mißstand abgehandelt werden, daß die Eisenbahnverwaltung zum Kartoffeltransport nur offene Wagen benutzte, selbst in den kalten Tagen, wo wir im Hinterlande eine Temperatur bis 8 Grad unter Null hatten, wobei natürlich große Kartoffelmengen starken Schaden genommen haben oder gar zu Grunde gegangen sind, weil sie eben in offenen Wagen befördert werden mußten.

Es müßte wie ein Märchen aus alter Zeit an, wenn heute festgestellt werden kann, daß in Baden jeden Tag ein Eisenbahnzug gedeckter Wagen zusammengeleitet wird, etwa 80 Stück an der Zahl, der in 8 Stunden für die Lieferung von Kartoffeln verfährt wird. Die Bahngewaltigen, die unbestreitbar wochenlang ihre Verlobungen verzögert haben, aus welchem Grunde sei hier nicht näher untersucht, — man bemerkt wohl ihnen die Anstrengung noch nicht hoch genug waren —, denen stellt die Reichseisenbahn nunmehr die gedeckten Wagen, damit sie jetzt in der letzten Stunde, wo eine Verlagerung der Bevölkerung mit Kartoffeln noch möglich ist, für Ball an den erkrankten Breiten abrollen lassen können. In der Zeit der Kartoffelverfügung gehören, zumal bei der heutigen Wagnote, alle Wagen und vor allem gedeckter Wagen für Kartoffelverladungen reserviert. Das ist seitens der maßgebenden Behörden seinerzeit auch in allen Zeitungen geschrieben worden, aber es gibt anscheinend heute

nicht mehr! Wie könnte man sonst dazu kommen, die Kartoffeln in der Zeit der Knappheit in offene Wagen verladen zu lassen, während man den Kartoffelverladern gedeckter Wagen zur Verfügung stellt?

Man muß wirklich immer mehr den Eindruck gewinnen, daß der Reichseisenbahnverwaltung der Sinn für praktische Maßnahmen abgeht. Wenn alle weite Kreise der künftigen Bevölkerung heute noch nicht genügend mit Kartoffeln versehen sind, so ist dafür die Eisenbahnverwaltung sehr weitgehend verantwortlich. In dem Zusammenhang sei zugleich konstatiert, daß die für uns zunächst in Betracht kommende Wagenverteilung in Baden sich alle erdenkliche Mühe gibt, um Wagen herbeizuschaffen. Welche Schuld der Reichseisenbahnverwaltung in Karlsruhe aufzuklären, darüber sind wir noch nicht genügend unterrichtet. Auf telefonische Vorstellung und Anfrage, warum jener Zug gedeckter Wagen jeden Tag ins Kolegebiet ginge, erklärte man von Karlsruhe aus, da könnte man nichts daran ändern, das sei von Berlin aus angeordnet und müßte ausgeführt werden. Die künftige Bevölkerung mag sich also bei der Eisenbahn bedürftig bekümmern, wochenlang war es möglich, die Kartoffeln billiger in die Städte zu liefern, als sie heute geliefert werden können, aber da wurden nicht genügend Eisenbahnwagen gestellt, und nunmehr noch Eintritt der Kälte fehlen gedeckter Wagen, jedoch jetzt Kartoffellieferungen riskiert sind. Bei Weitergehen der Kälte ist überhaupt keine Kartoffellieferung mehr möglich. Schade, daß das künftige Verbrauchervolumen die Folgen unzureichender, kurzfristiger, bürokratischer Eisenbahnverwaltungsmaßnahmen büßen muß!

Im Reichstag sind kleine Anfragen gestellt worden, die ebenfalls lebhaft Beachtung über das Versagen der Reichseisenbahn bei der Kartoffelverfügung führen. Es ist eine äußerst gefährliche Sache, daß die beiden großen Verkehrsnetze des Reichs — Post und Reichsbahn — ihren Aufgaben nicht gerecht zu werden vermögen, trotzdem es an Personal bei beiden wirklich nicht mangelt. Die einzig bemerkenswerte Leistung der Reichseisenbahnbetriebe in den letzten Jahren ist die Erzielung von Milliarden-Defizite.

Teuerungsübersichten aus Bayern in der Not auf sozialdemokratische Resorte zurück.

Kommunistische Erfolge

Das Werk der Kommunisten in Italien, die Fabrikbesetzung vor Jahresfrist usw., feiert seine Triumphe. Die längerliche italienische Regierung unter dem Druck der sozialistischen Gewalt demissionieren und unter bewusster Führung der sozialistischen Oberleitung sind jetzt große Teile Italiens von den Schwarzgehenden besetzt, die arbeitslose Staatsgewalt vorübergehend außer Kraft gesetzt worden. Der Zweck der sozialistischen Aktion war sicherlich nicht die restlose Übernahme der Gewalt, nicht der Druck auf die Arbeiter, sondern einen Beweis zu liefern für die eigene Machtstellung im Staatsgebilde. Dieser Beweis ist gelungen. Die Zielvorgaben wurden mit dem Auslande waren geteilt, die arbeitslosen Arbeiter wurden übergehend in dem besetzten Gebiete abgestellt, die Eisenbahnen standen der sozialistischen Gewalt zur Verfügung, alles Staatsvermögen mußte, als der Faschismus es wollte, in den Dienst der Schwarzgehenden treten. Das Ziel dieser Beweisführung war, dem König zu zeigen, daß eine faschistische Regierung ohne Sozialisten unmöglich sein wird und daß, falls dennoch ein Faschist ohne sozialistischen Einfluß gebildet werden sollte, es von dem Faschismus bald unmöglich gemacht wird.

Die Stärke des Faschismus in Italien gibt den Rechtsradikalen in Deutschland neue Hoffnung und neuen Mut. Herr Dergt, der verdammte in Görlich auf dem deutschen Parteitag der Nationaldemokraten und schloß den Parteitag mit den Worten: „In China hieß es: Die Deutschen vor die Front. Wellehies wird es in diesem Winter heißen: Die Deutschen national vor die Front.“ „Antiparlamentarismus“ und „Deutschnationale vor die Front“ kennzeichnen hier den von den Rechtsradikalen angelegten Weg. Verwirklichung der sozialistischen Idee auch in Deutschland. Der Entente und vor allem den bürgerlichen Kommunisten ist es zu verdanken, daß deutschnationale Kreise vier Jahre nach der Revolution sich derartige Abendungen wieder erlauben können. Der Entente deshalb, weil sie Deutschland in wirtschaftlicher und finanzieller Hinsicht nicht zur Ruhe kommen läßt und den Kommunisten, weil sie die innere Wiederaufbauarbeit der deutschen Regierung fortgesetzt zu hören versuchen!

Volkswirtschaft

Der Wucher mit Holz

Ueber das rasende Emporschnellen der Holzpreise unterrichten die folgenden Angaben:

Table with 4 columns: Holzart, Preis pro Kubikmeter, etc. Rows include various wood types like Buche, Kiefer, etc. and their prices over time from 1921 to 1922.

Bei den guten Brettern beträgt die Preissteigerung rund das 60fache, bei den Ausfußbrettern das 67fache und bei den unsortierten Brettern das 80fache. Die Rechnung bei den unsortierten Brettern wird der Wirklichkeit am nächsten kommen.

Zu dieser Sache hat auch der Verein der Holzinteressenten Süddeutschlands den Zeitungen eine Note übermittelt, in der es heißt, im Oktober sei zur selben Zeit, als der Wucher auf dem 500fachen der Preissteigerung auf 800, der Wucher auf dem 100fachen der Preissteigerung emporgeschossen. Seit dem 1. Oktober der Preissteigerung habe ein Wucher auf Holz für angelegte Wiederaufbauwerke eingesetzt; als schwerwiegende praktische Folge werde zunächst im Ausland der Einbruch erachtet, daß das Deutsche Reich große Mengen Holz für den Wiederaufbau zur Verfügung habe, während es bei einigermaßen normalen

Hinter Pflug und Schraubstock

Skizzen aus dem Lebenbuch eines Ingenieurs von Max Eyth (Fortsetzung)

Der Tatarenrebell hinter dem Dampfplug

Es war Kopf und Herz eines Unternehmens, das gewöhnliche Verhältnisse angenehm verbrachte, und doch nur ein bescheidenes Häuschen, weniger schön gebaut und kaum so wohnlich als ein russisches Blockhaus. In dem kleinen Stübchen, welches das Gesellschaftszimmer bedeutete, saßen wir an einem röhrenden Tisch beisammen: Kaminski, der Administrator des Landgutes Timachowo, Kasin, ein Ingenieur aus dem Kaukasus, der die Reparaturwerkstätten aufstellte und später seinen Werk engeren Samara durch die flache Talmulde des Kinel heraufzuschleppen begonnen hatte, ein russischer Geometer mit unaussprechlichem Namen, der im Begriff stand, zum Zweck künstlicher Bewässerung, für die ich einen vorläufigen, flüchtigen Plan in der Tasche hatte, die achtstündige Distanz einer verödeten Steppenwüste kunstgerecht zu nivellieren, und ich.

Der Herbst hing bereits an, sich sichtbar zu machen. Ein nasser Tag war dem Strohfeuer in meinen drei Dampfplügen wenig günstig gewesen und hatte mich dazu beitragen, meine Stimmung zu heben, die seit geraumer Zeit an das Problem des Pflügens mit Stroh geknüpft war. Daß ich doch denken in den letzten zwei Jahren auf Versuchsfeldern in England in der Ukraine und nun hier zwischen der Wolga und dem Ural auf meine Versuchspflüge, einen halben Ackerbau und viele tausend Jentner Stroh zum Opfer gebracht. Derzeitige Erträge im Feuer gehen im Leben eines Ingenieurs nicht ohne persönliche Unannehmlichkeiten ab. Auch der Landmann, der über gelandete und seit zwei Tagen kaum arbeitsfähig. Seine Stangenstöße kochten infolge von Woch, den er übrigens mit musterhafter Ruhe und Stetigkeit zu führen suchte. Er selbst erklärte: weil er Nachricht bekommen habe, daß seine Frau aus dem fernen heimischen Wladimir in Samara angekommen sei und ihn liebend in Timachowo besuchen wolle. Es mochte beides nötig sein und in gewissem innerem Zusammenhang stehen.

Trotzdem saßen wir mit dem Gefühl der Behaglichkeit beisammen. Man versteht dies in Anbetracht der Verhältnisse. Die kleinen Fenster wurden geschlossen, denn es fing wieder an zu regnen. Der Kinel rauschte vor dem Haus über die zwei Räder der benachbarten Mühle, der Samowar kochte traulich und warm auf dem Tisch, auf dem eine riesige Schüssel voll Kwebe, unter fast lässlichem Abendessen, zu stundenlangem Gemisch einlud. Eine alte deutsche Studierlampe mit grünem Wochschilb, die aus politischen Gründen schon vier Jahre in Sibirien geblieben hatte, beleuchtete mit ihrem milden, zufriedenen Licht dieses harmlose Bild russischer Stilleben.

Ich war zum zweitenmal in Timachowo und hatte diesmal schon zwei Monate lang mit Kaminski zusammengelebt. Ein kleiner stiller Mann mit langem, nicht immer glattegeformtem Haar, schwarztrauen Augen und jenen sanften, gottgegebenen Zügen, denen man häufig in Anbetracht begegnet, dabei sehr intelligent, wissenschaftlich gebildet und voll jugendlichen Eifers für die großen Pläne, an deren Ausführung er in erster Linie beteiligt war. Erst seit ein paar Wochen waren wir uns durch eine gemeinsame Reise nach Samara und durch geschäftliche Räte, in ein Vorkriegsleben in den Steppen der Wolga genau wie anderwärts mit sich bringt, näher gekommen. Er fing an aufzutreten und mir, scheinbar unwillkürlich, kleine Stücken seiner Lebenserfahrungen zu zeigen, die ich mit heimlichem Vergnügen aufnahm, ohne ihn weiter zu drängen. Heute Abend war er der einzig gut Aufgeregte. Er hatte Zuderrückenstöße analysiert, der aus einem Probegürtchen — mon jardin d'acclimatation hieß er die acht Quadratmeter — hinter dem Hause stammte, und gemeinsam Prozent Zuder gefunden. Daraus konnte noch vieles werden. Vorläufig war er ein zweites Stücken Zuder aus dem fernen Kiew in den See und nippte hinter seinen Kwebschalen mit Behagen am zehnten Glase.

Wenn auch das nasse Stroh sich heute nicht bequemeren wollte, an ihrem täglichen Feuertag teilzunehmen, Herr Eyth, so brennt es noch immer besser in Timachowo als in Sibirien! meinte er in seinem fast tadellosen Russisch-Französisch, einen gewaltigen Kwebschwanz kunstgerecht gepflündert.

„Sie müssen das wissen“, entgegnete ich, ohne mich in der gleichen Arbeit lösen zu lassen. „Sie waren unklug genug, beides zu versuchen.“

Und nun kam er zum erstenmal ins Erzählen. Er hatte in der Mitte der letzten Jahre in Petersburg Medizin und Naturwissenschaften studiert. In diese Zeit fiel eine der ersten empfindlichen Studentenbewegungen, die mit dem aufkeimenden Sozialismus zusammenhängen. Etliche radikal Studenten bezogen in Folge derselben unfreiwillig die Katakomben der Peter- und Pauls-Festung. Eine lange, müde Unterjochung brachte nicht viel mehr zutage als die wirren Ideen und Bestrebungen jener jugendlicher Weltverbesserer. Ein Teil der jungen Leute wanderte nach Sibirien, ein anderer in die russischen Gefängnisse, einige ließ man laufen. Meinen Freund Kaminski, der aus Mangel an einer abgelegenen, selten gebrauchten Stelle untergebracht worden war, habe man bald völlig vergessen. Erst nach einigen Monaten führte ein glücklicher Zufall zu der Entdeckung, daß ein Unterjochungsgefangener des längst abgeurteilten Studentenpflügers aus Versehen unvermerkt gelassen war. Er wurde nach diesem Umzuge und Studien und Vergleichen von Altbüchlein herbeigeholt. Reif er war nicht der aus Versehen längst entlassene Raubmörder Koprinski. Die Richter setzten ihre wohlwollende Aufmerksamkeit für jugendlich Verirrte wieder auf. Da er aber ein halbes Jahr länger als alle anderen in Unterjochungshaft gefesselt hatte, konnte man ihn jetzt unmöglich freilassen. Auch russische Justizbehörden haben Gefühl für Anstand und Ordnung. So wurde er ohne weitere ermüdende Preliminarien zu vier Jahren Zermürung in ein sibirisches Dorf Tschugajewa im Gouvernement Tobolsk verbannt und konnte sich auf die Reise machen. Die ersten sechs Monate sollte er dort in Gefängnis gefesselt werden. Ein Grund für die Verbanntung der Strafe wurde wie üblich nicht mitgeteilt. Vermutlich wegen böswilliger Vergeßlichkeit, die in seinem Prozeß zutage getreten war.

Wesentlich ist dies die leichteste Art der sibirischen Verbannung. Der Verbannte darf sich nicht aus seinem Dorf entfernen, muß sich in kurzen Zeitwischenräumen dem Polizeichef des Ortes vorstellen, hat jeden Augenblick des Besuchs der Gendarmerie seines Distrikts gewärtig zu sein, soll für seinen eigenen Unterhalt sorgen und kann im übrigen nach Gnadensuchen sich beschäftigen, wie er will. Nur die Beschäftigung ist ihm streng verboten.

(Fortsetzung folgt.)

Gänge seines Wirtschaftslebens noch auf eine Holzindustrie anzuweisen ist. Alle möglichen Gesellschaften, die Wiederaufbauarbeiten übernehmen wollen, hängen sich auf den Holzmarkt. Der Verein verlangt ein Einschreiten des Reichs, damit nicht unsere Holzwirtschaft, Holzproduktion, Holzindustrie und -handel und der inländische Konsum in völlig unrentierbare Zustände geraten.

Badische Politik

Der neue Unterrichtsminister

Die deutsch-demokratische Landtagsfraktion hat beschlossen, dem Landtag für den neu zu besetzenden Posten des Ministers des Kultus und Unterrichts den Professor der allgemeinen und angewandten Psychologie und Pädagogik an der Technischen Hochschule Karlsruhe, Dr. phil. und med. Willy Dellpach vorzuschlagen. Abg. Hofmeier, den die Fraktion zunächst in Aussicht genommen hatte, hatte gebeten, von seiner Person abzusehen, da er auf seine Bestätigung an führender Stelle der Landesbewegung der Lehrerschaft nicht verzichten will. Nachdem der ge-
heißt hat, wurden Montag nachmittag die Fraktionen der beiden anderen Regierungsparteien davon in Kenntnis gesetzt.

Wie weiter berichtet wird, ging die deutsch-demokratische Landtagsfraktion bei ihrer Entscheidung von der Erwägung aus, daß der neue Unterrichtsminister vor allem zwei Anforderungen genügen müsse: Er soll auf Grund seiner bisherigen Tätigkeit mit dem badischen Schulwesen, als dem wichtigsten Zweig des von ihm künftig zu verwaltenden Ministeriums des Kultus und Unterrichts verbunden, er sollte aber auch Politiker sein, der sowohl als Mitglied des Staatsministeriums, wie in seinem eigenen Ressort den großen nationalen und sozialen Zeitaufgaben auf der Grundlage einer festen demokratischen und republikanischen Ueberzeugung gegenübertritt. Diese beiden Erfordernisse soll Herr Prof. Dr. Dellpach nach Ansicht der Demokraten erfüllen. Er sei mit dem badischen Schulwesen nicht nur in seiner Eigenschaft als Hochschullehrer praktisch in Fühlung, sondern habe sich auch schon seit vielen Jahren mit pädagogischen Fragen wissenschaftlich und publizistisch beschäftigt. Als Politiker sei er in Wort und Schrift jederzeit für die Ziele und Aufgaben einer sozial und national orientierten Demokratie eingetreten. Er gehöre der Deutschen Demokratischen Partei seit ihrer Gründung an und ist Mitglied deren Parteileitung.

Die Empfehlung von Herrn Prof. Dr. Dellpach durch seine Partei ist also gut, und was hier angeführt wird, stimmt auch. Trotzdem möchten wir die Kandidatur nur als eine solche der Berechenbarkeit bezeichnen, und sie dürfte auch allgemein überraschen. Herr Prof. Dr. Dellpach ist viel mehr Gelehrter und Wissenschaftler als Politiker, selbst sein demokratisches Standesbekenntnis hat sich in der badischen Wählerstimme nicht durchzusetzen vermocht. Sein Wissen ist ihm wertvoller als sein Amt. Ob er nach kurzer Zeit um seine Wissenschaft willen wieder auf dem Posten, der ihm nun übertragen wird, der ihm mitten hinein stellt in die politischen und kulturellen Tageskämpfe, ob er weiter der reaktionären Welterwartung, die seiner gerade in diesem Ministerium harren, Herr werden wird, das muß abgewartet werden. Den besten Erfolg wünschen wir ihm jedenfalls dazu.

Bahn und der französische Aufbau. Zum Zweck einer kognitiven Beratung der an der Errichtung von Aufträgen für den Wiederaufbau in Nordfrankreich interessierten badischen Industrie- und Handelskreise erklärte sich der letzte Woche tagende badische Industrie- und Handelsrat mit der Einsetzung einer Kommission zur Beratung der badischen Handelskammer einverstanden. Mit der Vornahme der erforderlichen Arbeiten wurde die Handelskammer beauftragt.

Kraftwerk an der Raumnung. Das der badischen Landes-
elektrizitätsversorgung (Bademerk) u. G. gehörige Kraftwerk an der Raumnung, einem Seitenfluß der Ruhr, wurde dieser Tage in Betrieb genommen. Das Kraftwerk nutzt das Gefälle der Raumnung zwischen Erbersbrunn und der Einmündung des Schwarzenbaches in die Raumnung aus (im Mittel 70 m) und erzeugt bei einer Geschwindigkeit von 900 Kilowatt im Jahresmittel 3 000 000 Kilowattstunden. Die Anlage arbeitet über eine 20 000 Volt-Leitung auf das Leitungsgesetz des Badenwertes und hat die Aufgabe, den für den Bau der Schwarzenbachdamm-
werke benötigten elektrischen Strom sicherzustellen.

Aus der Partei

Die Vereinigung der sozialistischen Lehrerschaft

Auf der Hauptversammlung der Arbeitgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer, die am 22. Oktober in Berlin stattfand, beschloß die Form des Zusammenschlusses bestand zwischen den Vertretern der beiden früheren getrennten Parteien sollte Einmütigkeit. 5 Delegierten der früheren Unabhängigen Partei sind in den Hauptvorstand eingetreten. Der Hauptvorstand hat folgenden Auftrag zum Zusammenschluß der Lehrerbewegung erteilt, in dem es u. a. heißt:

„Die gewerkschaftliche Einheitsfront ist noch nicht geschaffen — jeder würde einwilligen dort, wo er am erfolgreichsten für unsere Sache zu wirken glaubt —, aber die kulturelle Einheitsfront ist da, sie soll und darf nicht durch Erinnerungen an Gewerkschaften behindert werden. Wir fordern daher alle sozialistischen Lehrer und Lehrerinnen in Stadt und Land auf, sich mit uns in der Arbeitgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen zusammenzuschließen und sie zu dem zu machen, was sie sein will und sein soll: zu einem mächtigen Organ und Instrument des Kulturwillens der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.“

Beitrittsverhandlungen sind an die Leitung der betreffenden Ortsgruppe, und wo eine solche nicht besteht oder nicht bekannt ist an die Geschäftsstelle der Arbeitgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Deutschlands, Berlin SW. 63, Lindenstraße 3, zu richten.

Freiwillige Beiträge für die Partei
Der Aufforderung des Parteivorstandes zur Leistung freiwilliger Beiträge haben bisher eine große Zahl von Genossen Folge geleistet. Bisher sind insgesamt gesammelt worden 285 174,95 M. — Weitere Geldsendungen sind zu richten an den Kassierer der Sozialdemokratischen Partei, Landtagsgeb. Dr. Barfels, Berlin SW. 63, Lindenstr. 3 oder an das Postfachkonto Nr. Barfels, 7918, Schloßamt Berlin, oder an das Postkonto Nr. Barfels, O. Heinrich, W. Pfannkuch, O. Wels, Berlin, Lindenstr. 3, bei der Diskontogesellschaft Berlin, Depotkassen, Lindenstr. 3.

Kappelerodek. Samstagabend fand im „Rehstod“ eine Versammlung der Sozialdem. Partei statt, die recht gut besucht war und in welcher Gen. Eisele-Karlsruhe referierte. Referent fand mit seiner Kennzeichnung der derzeitigen wirtschaftlichen und politischen Lage, sowie auch mit seinen Ausführungen über „Arbeiterschaft und Sport“ volle Zustimmung. Auch die

Diskussion, an der sich Gehoffen aus Kappelrodek und Achem beteiligten, bewegte sich im Sinne des Referats. Anschließend wurde die Gründung eines Arbeiterportvereins in die Wege geleitet, zu dem sich nicht nur eine respektable Zahl aktiver und passiver Mitglieder aufnehmen ließen, sondern eine Sammlung zugunsten des Gerätefonds zeitigte ein recht gutes Resultat. Auch einige Volksfreund-Abonnenten konnten gewonnen werden, was allerdings noch nicht genügt, da die Zahl der Volksfreund-Abonnenten im Verhältnis zu derjenigen der Arbeiterschaft am hiesigen Ort ein geradezu bescheidenes Zeugnis für die Arbeiter darstellt. Hoffentlich wird in Zukunft besser! Mit einem fröhlichen Appell des Vorsitzenden Gen. Fuchs zum Eintritt und Mitarbeit in der Partei, sowie zum Abonnement auf den „Volksfreund“ erreichte die Versammlung ihren Abschluß.

Erhöhung der Bezugspreise für die Karlsruher Zeitungen

Die Vereinigung Karlsruher Zeitungsverleger sieht sich aus zur Einigkeit bekannten Gründen veranlaßt, die Bezugs- und Anzeigenpreise ihrer Zeitungen auf den 1. November entsprechend zu erhöhen.

- Karlsruhe, den 30. Oktober 1922.
- Verlag des „Badischen Beobachters“,
 - „ der „Badischen Post“,
 - „ des „Karlsruher Tagblattes“,
 - „ der „Karlsruher Zeitung“,
 - „ des „Reisdenz-Anzeigers“,
 - „ des „Volksfreund“.

Der Bezugspreis unseres Blattes beträgt ab 1. November einschließlich Zustellungsgebühr 2,35 M.

Der Verlag des „Volksfreund“.

Zu unserem sehr lebhaften Bedauern sehen wir uns veranlaßt, abermals unter dem harten Zwange der sprunghaft steigenden Erneuerung des Bezugspreises für den „Volksfreund“ zu erhöhen — wie die gesamte Presse. Der Wagon Zeitungsblätter, der zuletzt 980 000 M. kostete, ist mit einem Schlag auf 1 600 000 M. im Preise hinaufgeschwollen.

Dazu kommt, daß naturgemäß auch die Löhne der im Zeitungsbetriebe beschäftigten Arbeiter und Angestellten, die ohnehin hinter den Löhnen der meisten anderen Berufe zurückgeblieben sind, erhöht werden mußten. Wir haben uns bei der oben angekündigten Bezugspreiserhöhung auf das Nötigste und Endgültige beschränkt, aber sie mußte eintreten, sollte nicht die Existenz des Blattes in Frage gestellt werden.

Wir hoffen, daß unsere Leser in ihrer Kampfbereitschaft auch in dieser außerordentlich schweren Zeit die Treue halten werden.

Verlag und Redaktion des „Volksfreund“.

Kleine badische Chronik

Heidelberg, 30. Okt. Neuer Tabak. Im Stadtteil Kirchheim wurde dieser Tage der Berliner Sandhändler für 27 000 M. verkauft. Das ist neuer Rekord.

Dudenheim, 30. Okt. Neuer Jagd. Die hiesige Gemeindejagd ist neu veräußert worden. Den Zuschlag erhielt dabei Bürgermeister Dreier in Lobenstein bei einem Höchstgebot von 1 100 000 M. Bisher wurde für die Jagd die Summe von 3 685 M. bezahlt.

Hell a. G., 30. Okt. Am Sonntag, 22. Okt., fand hier eine sehr stark besuchte Mieterversammlung statt. Es sprachen als Versammlungsleiter Justizrat Jentner von Hell und der Vorsitzende des Mietervereins Offenbach, Gerichtsverwalter Jörger. Die Versammlung beschloß die sofortige Gründung eines Mietervereins und wählte zu seinem Vorsitzenden Justizrat Jentner.

Freiburg, 30. Okt. Raubmordversuch im Schnellzug. Wie man gestern und heute gerüchelt zu hören bekam, sollte im Schnellzug Basel-Frankfurt ein Raubmordversuch verübt worden sein. Tatsächlich hat man in Frankfurt a. M. in dem Abteil eines Schnellzuges Basel-Berlin einen bewaffneten jüngeren Mann mit einer schweren Kopfverletzung aufgefunden, der anscheinend verurteilt worden ist. Nach Ansicht der Frankfurter Anwaltschaft, die sich mit der Aufklärung des Falles beschäftigt, wurde das Verbrechen nördlich von Frankfurt begangen, die badische Zugstrecke käme mithin hierfür nicht in Frage.

Mühlheim, 30. Okt. Nach einer Meldung der „Marktg. Nachr.“ hat bei der früheren Unfallversicherung wohlführende Nottemeister Weber, der aus dem Elßig ausgewiesen ist, nach kurzem Wortwechsel einen anderen Ausgewiesenen, namens Roering, in den Unterleib geschossen. Der Zustand des Getroffenen ist lebensgefährlich. Der Täter hat man verhaftet.

**Deteln, 30. Okt. Am Sonntag, 22. Okt. V. r. a. d. Am geistigen Sonntag brannten im hiesigen Kirchhof Deteln die Di-
rektorial- und Wirtzräume nieder. Der Schaden ist bedeutend. Es gelang der Feuerwehr, den Brand auf die genannten Räume, die vollständig vernichtet sind, zu beschränken. Von dem großen Benzinhälter konnte der Brand glücklichweise abgehalten werden, da sonst ein unübersehbares Unglück entstanden wäre.**

Verwendung der von Ausländern erhobenen Gebühren für Aufenthaltserlaubnisse. Der badische Verkehrsverband hat an das Ministerium des Innern die Bitte gerichtet, die Erträge aus den von Ausländern für Aufenthaltserlaubnisse eingegangenen Gebühren zur Verbilligung der Lebensmittel für Winterbemittelte zu verwenden, ähnlich wie in Bayern, wo für diesen Zweck vorläufig 25 Millionen Mark zur Verfügung gestellt wurden. Bei der Verteilung sollen insbesondere die Erziehungsgemeinden mit regem Fernverkehr berücksichtigt werden.

Gerichtszeitung

Ein mißglücktes Schiedsgericht. Von einem fatalen Mißgeschick wurde vor längerer Zeit der 21jährige Kaufmann Herbert Rosenthal aus Bad Gmünd ereilt, als er ein Stückchen Platin, das er bei Basel über die schweizerische Grenze geschmuggelt hatte, in Schweizerfranken umzusetzen versuchte. Sein Helfer bei diesem Geschäft, ein früherer Postangestellter, verschwand mit dem Platinstück und überließ viel Material der deutschen Grenzpolizei in die Hände. Das Schöffengericht verurteilte ihn wegen verbotener Ausfuhr zu 140 000 M. Geldstrafe und zum Verbot, das ausgeführte Platin im Betrag von 70 000 M. Seine gegen dieses Urteil eingelegte Berufung wurde von der Freiburger Strafkammer verworfen.

Die Gemeindevahlen

Wahlkampfmethoden des Karlsruher „Reisdenz-Anzeigers“

Der Karlsruher „Reisdenz-Anzeiger“, ein in weitesten Kreisen unbekanntes Stachel- und Straßblattchen, hat sich die im Gegensatz zu seiner Bedeutungslosigkeit gewaltig große Aufgabe gestellt, die politischen Parteien aus dem Karlsruher Rathaus zu heftigen. Er will dies mit Hilfe der von ihm geförderten „Kommunalen Vereinigung“ erreichen, die zwar noch nicht einmal ihre Liste besonnen hat, aber doch schon das „ausgesprochene Ziel“ kundgibt, die Parteiherrschaft auf dem Rathaus zu brechen. Warten wir ab, bis die kommunale vereinigte Heidenz aufmarschiert! In erster Linie gilt der Kampf natürlich der Sozialdemokratie. Wie dieser Kampf geführt werden soll, davon gibt der „Reisdenz-Anzeiger“ letzten Montag folgende Kostprobe:

„Im Stillen wird seit Wochen eifrig unter Ausschluß der Öffentlichkeit gearbeitet. Die Parteivorstände und Wahlkommissionen stellen die Vorschlagslisten auf und organisieren den Wahlapparat. Als erste hat bereits die Sozialdemokratische Partei ihre Liste den Wählern unterbreitet. Wie nicht anders zu erwarten, finden sich darauf wieder alle ihre bisherigen Hauptfunktionäre an aussichtsreicher Stelle. Sie ist diktiert von der Sorge des Parteiführers um die Futtertruppen, die immer mehr um sich greift, seitdem die Parteien Nenn- und Würden, Einfluß und Einkommen zu vergeben haben. Nach dem „feinereichen Volk“ fragen die Parteibonzen wenig. Dieses pflegt von jeher nach der Pfeife der Parteigewaltigen zu tanzen. Ueberzählungen sind freilich nicht ausgeschlossen, weil weite Schichten der Arbeiterschaft, insbesondere der Gewerkschaften, zu der Ueberzeugung gekommen sind, daß das Klauenwesen und Streberium die sozialdemokratische Partei völlig zu überwuchern beginnen und gegen diesen Krebsgeschaden schließlich doch einmal Front gemacht werden muß.“

Es hält schwer, gegenüber dieser niederträchtigen Beschimpfung unserer Partei durch den „Reisdenz-Anzeiger“ sachlich zu bleiben. Ans kann es ja recht sein, wenn das neue Parteigebilde und sein Sprechrohr den Kampf in dieser Weise führen wollen. Gegenüber den Bemerkungen gegen den Wahlvorschlag unserer Partei genügt es, nur festzustellen, daß die Vorschlagsliste in mehreren Sitzungen des erweiterten Parteivorstandes, der sich fast ausschließlich, zum mindesten Vierfünftel, aus Handarbeitern zusammensetzt, aufgestellt wurde und daß eine überfüllte Mitgliederversammlung, in der ebenfalls die über-übergroße Mehrheit der Besucher Arbeiter waren, die Liste einstimmig genehmigte. Unter den 50 auf der Liste verzeichneten Kandidaten und Kandidatinnen befinden sich etwa 20 Handarbeiter, 6 Frauen, sämtliche Gattinnen von Arbeitern, 9 Gemeinde- und Staatsbeamte, höhere, mittlere und untere, 9 Gewerkschafts-angestellte — der erste von ihnen steht an 12. Stelle —, den Rest bilden Angehörige freier Berufe, Ärzte, Redakteure, Architekten, Reisende, dann zwei Kaufleute, ein Vertreter des Genossenschaftswesens und ein Landwirt. Es kann also festgestellt werden, daß auf alle Schichten, die zu den arbeitenden und schaffenden Ständen zu rechnen sind, im Verhältnis zur Zahl ihrer Angehörigen Rücksicht genommen ist. Und von dieser Liste erdreistet sich der „Reisdenz-Anzeiger“ zu behaupten, sie sei „diktiert von der Sorge des Parteiführers um die Futtertruppe. Will der „Reisdenz-Anzeiger“ diese unsere angebliche Sorge etwa daraus ableiten, weil an erster und zweiter Stelle die Vorhänger der beiden sozialistischen Parteien stehen, die also das Vertrauen der gesamten mehrere Tausend Mitglieder zählenden Parteio rganisation haben? Oder weil vielleicht an dritter Stelle ein Arbeiterfrat steht, oder an vierter Stelle ein Schlosser von Gaid u. Neu, oder an fünfter Stelle ein Schulmann, oder an sechster ein Steinbauer, an siebenter ein Eisenbahner, an achter ein Schlosser, an neunter ein Kaufmann, an zehnter ein Arbeiter des Elektrizitätswerts? Will uns der „Reisdenz-Anzeiger“ nun nicht mitteilen, wer „die Hauptfunktionäre an aussichtsreicher Stelle“ sind? Will das Blatt uns nicht verraten, wo sich in diesen 10 Namen — bei den folgenden ist es genau so — „die Sorge des Parteiführers um die Futtertruppe“ ausdrückt? Wir wissen zwar, daß der Sozialdemokratie der Kampf des „Reisdenz-Anzeigers“ und seiner kommunalen Vereinigung nichts schaden wird. Die Wähler der Sozialdemokratie beurteilen die Wähler und die Arbeit auf dem Rathaus nach anderen Gesichtspunkten als verärgerte Spießbürger, Frühjahrsmeister und berufsmäßige Nörgler es tun. Und wenn wir ausnahmsweise einmal dem „Reisdenz-Anzeiger“ auf sein Gebelzer antworten, so nur deshalb, um unseren Lesern zu zeigen, welche fanatische Haß gegen die Sozialdemokratie gewisse Bürgerkreise befeuert. Die arbeitende Wählerschaft wird nicht verärrnen, am 19. November die niederträchtigen Beschimpfungen des „Reisdenz-Anzeiger“ geduldig zu würdigen.

Geheiterer Wahlkompromiß. Die für Schopfheim geplante gemeinsame bürgerliche Vorschlagsliste für die Gemeindevahlen (als parteilose Liste) hat sich nicht verwirklichen lassen. Das Zentrum mit seinen bisherigen 5 Sitzen geht für sich als Partei vor, während die übrigen bürgerlichen Parteien sich mit den Wirtschaftsgruppen auf eine gemeinsame Liste verständigt haben, d. h. die Kommunalwahl als „nichtpolitische“ gegenüber der Sozialdemokratie durchzuführen. Bezüglich der Bezirksrats- und Kreisverordnetenwahl scheiterte der Plan einer gemeinsamen Liste aller Gruppen einschließlich der Sozialdemokratie an den Forderungen des Landbundes und der Deutschnationalen und nach dem sofortigen Absinken der Sozialdemokraten lehnten es die Demokraten ab, auf den Striden des Landbundes einen Sitz zugebilligt zu erhalten, zumal letzteren nach dem maßgebenden Ergebnis der letzten Landtagswahl nur 8 Sitze im Bezirksrat zuzuteilen. Es werden nun Demokraten, Zentrum, Landbund mit Deutschnationalen und die Sozialdemokratie je mit einer eigenen Liste aufzreteln. Auch in Triberg sind die Verhandlungen der politischen Parteien wegen Abschluß eines Kompromisses für die Wahlen zum Bezirksrat und zur Kreisversammlung im letzten Augenblick gescheitert, da die Rechtsparteien eines von der anderen Seiten nicht gewollten Untertassungsbeschlusses gegen die Einheitsliste Einspruch erhoben. Zu diesen Verhandlungen war keine Zeit mehr, da die Frist zur Einreichung der Liste abgelaufen war.

Einigung in Waldshut. Für die Bezirks- und Kreiswahlen haben Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten Listen eingereicht, auf Grund deren im Bezirksrat das Zentrum 7, die Sozialdemokratie 2 und die Demokratie 1, in der Kreisversammlung das Zentrum 4, die Sozialdemokratie 2 und die Demokratie 1 Sitz erhalten.

Das neue Fasziisten-Ministerium

Paris, 30. Okt. Nach einer Voraussage aus Rom... Das Ministerium Mussolini wie folgt zusammen: Ministerpräsident, Innen- und Reichsminister: Mussolini; Krieg: Cerna...

beim Marineministerium: Cianca (Fasziist); für Sanktionen: Di Nochi.

Die Berufung des Ministeriums Mussolini kann als das Werk der italienischen Kommunisten bezeichnet werden, die mit ihren Untrieben die reaktionären Wirkungen förmlich nach sich ziehen.

luzig bis heute keine diesbezügliche Nachricht vor. Das ist ein bedenkliches Omen. Die Vorgänge in Italien fallen für die deutsche Arbeitererschaft eine Mahnung sein...

Sicher wird die Herrschaft der Fasziisten nicht von langer Dauer sein. Sie werden sich vor der Zwangslage befinden, ihre großsprecherischen Tiraden gegen Erfolge in praktischer Arbeit einzulösen...

Advertisement for Henko washing powder. Includes image of a box and text: 'Weiche mit Henko die Wäsche ein! „Dento“ Hensel's Wasch- und Bleich-Soda, zum Einweichen der Wäsche und für den Hausputz.'

Badisches Landestheater. Dienstag, d. 31. Oktober, 6 1/2 - 9 1/2 Uhr. Abon. 60 Th.-Gem. B.V.B. Nr. 1001-1200.

Hoffmanns Erzählungen. Beitrag zur land- und forstwirtschaftlichen Unfallversicherung. Gegenwärtig findet die Prüfung der Betriebsberichterstattung der land- und forstwirtschaftlichen Unfallversicherung für die Stadt Karlsruhe statt...

Kranke-Verpflegung. Die Gebühr für Krankenzeugnis-Bordrucke wird auf 20.- erhöht. Sie werden wie früher an der Kartenstelle des Nahrungsmittelamts ausgegeben...

Mieter-Vereinigung Karlsruhe. Mitglied. Landbesitzerband u. Grundbesitzerband. Mitgliederband. Geschäftsstelle: Morgenstraße 21, barriere.

Sozialdemokrat. Geistesarbeiter. (Beitrag zur Ver. Sozialdemokr. Partei). Heute, Dienstag, den 31. Oktober 1922, 8 Uhr abends...

Theod. Zenker. 1-2 tägliche Kesselschmiede (Scharbeiter) und 1-2 tägliche Rohrbieger (Scharbeiter).

Theod. Zenker. 1-2 tägliche Kesselschmiede (Scharbeiter) und 1-2 tägliche Rohrbieger (Scharbeiter). zu sofortigen Eintritt gesucht.

Heute Neueröffnung Heute Herrentuchhaus Herrenstrasse 22. Reiche Auswahl in 6448 Anzugs-, Mantel- und Wollstoffsstoffen zu günstigsten Preisen.

Dr. Nerlich Luisenstr. 31 Teleph. 3569 von der Reise zurück. Sprechstunden: von 8 bis 5 Uhr.

Eden-Lichtspiele Kaisersstrasse 5 - Durlacherort. Ab heute! Der grosse Film verboten war Kinder haben Zutritt!

Fridericus Rex Ein Königsschicksal.

Fridericus Rex. I. Teil. 5455 Sturm und Drang 6 Akte voll Spannung.

Sturm und Drang 6 Akte voll Spannung. Leitung: Albert Steinrück, Ernst Morena, Lilly Mohr, Bruno Decarli.

Gebisse Zelle! der Zahn von Mark 400. und mehr werden fortwährend angefertigt.

Bienenhonig gar rein, zu verkaufen. 6454 Dresel, Kurzenstr. 10

Durlacher Anzeigen. Milch-Verpflegung. Mit Wirkung vom 1. November ds. Js. ist mit einer wesentlichen Erhöhung des Milchpreises zu rechnen.

Durlacher Anzeigen. Diastattler Anzeigen. Teils Monatsabschluss wegen bleibt die Kaffe von Samstag, den 28. bis einschließlich Dienstag, 31. Oktober 1922 geschlossen.

Offenburger Anzeigen. Anfolge Erhöhung des Mehrpreises sowie sämtlicher Unkosten muß der Brotverkaufspreis mit Wirkung vom 30. ds. Mts. ab festgelegt werden:

Nach heute erfolgter Ueberführung der Augenklinik Ludwig-Wilhelm-Krankenhaus ins städtische Krankenhaus...

Dr. med. Karl Katz Augenarzt.

Gesangverein „Concordia“ E.V. Sonntag, 5. Nov., 6-1 Uhr BALL im grossen Festhallsaal.

Gänselebern Zimmer. Kauf fortwährend und bezahlt bis 1000 Stk. per Pfd. Wag Pfefferle. Ankerstrasse 51.

Ettlinger Anzeigen. Die Volksbildung abende sollen wieder aufgenommen werden. Vorgeschieden sind u. a.:

Arbeiter! Werbet für den „Volksfreund“.

Advertisement for Erdal shoes. Includes image of a woman and text: 'Die Zeiten sind teuer, das Geld ist rar! Der Grosch sagt: Spar! Wie mach ich das richtig und ideal? Kauf nur Erdal! Erdal Marke Rolfrosch - Schuhpassia Werner & Merz A.-G. Mainz.'